

37

83

# Union in Deutschland

Bonn, den 17. November 1983

## SPD auf dem Weg aus der NATO

Auf dem Parteitag der SPD in Köln an diesem Wochenende wird die Sozialdemokratische Partei mit überwiegender Mehrheit nein sagen zum NATO-Doppelbeschluß. Mit dieser Entscheidung wird zum ersten Male seit dem Godesberger Grundsatprogramm der traditionell sozialdemokratische Flügel unter Helmut Schmidt auf einem SPD-Parteitag in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt, stellt Helmer Geißler fest.

Die seit einem Jahrzehnt andauernden Auseinandersetzungen innerhalb der SPD zwischen dem traditionell sozialdemokratischen, dem pazifistisch-ökologischen Flügel (Eppler) und dem neo-marxistischen Flügel (Jungsozialisten) sind damit entschieden. Damit hat sich Willy Brandt eindeutig gegen Helmut Schmidt durchgesetzt.

Die SPD folgt mit dieser Entscheidung der von Willy Brandt ausgegebenen Strategie, eine Mehrheit links von der Union zu suchen. Da diese Mehrheit ohne die Grünen und die außerparlamentarischen Kräfte der heutigen Protestbewegung nicht zu erlangen war, liegt diese gegen die NATO gerichtete außenpolitische Entscheidung der SPD in der politischen Logik des Brandt-Kurses: Eine Mehrheit links von der Union zu schaffen, bedeutet gleichzeitig eine inhaltliche

(Fortsetzung Seite 2)

### ■ WALDSTERBEN

Ursachenforschung ist in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden Seite 5

### ■ BUNDESBAHN

Sind die Tarifierhöhungen beim Berufs- und Schülerverkehr ein sozialer Skandal? Seite 7

### ■ RÜCKKEHRHILFE

Ausländischen Arbeitnehmern in der Heimat beim Existenzaufbau helfen Seite 8

### ■ ARTENSCHUTZ

Vernünftige Verbesserungen für Tier- und Pflanzenwelt Seite 11

### ■ JUGENDSCHUTZ

Schund-Videos wird der Kampf angesagt Seite 12

### ■ JUNGE UNION

Christoph Böhr wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt Seite 13

### ■ DOKUMENTATION

Aktuelle Fragen und Perspektiven der Rentenpolitik grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Anpassung an die Programmatik der Grünen und der Protestbewegung, die ihrerseits seit Jahren den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO fordert.

**Der Kölner Parteitag der SPD wird in die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei und der Bundesrepublik Deutschland eingehen als der Parteitag, auf dem die SPD unter Führung von Willy Brandt aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik des Westens ausstieg. Nicht mehr Helmut Schmidt und Hans Apel sind die außenpolitischen Repräsentanten der SPD, sondern Bahr, Eppler, Lafontaine und Ehmke. Hans Jochen Vogel zeigt sich als einflußloser, kraftloser Leerformelverwalter.**

Die SPD ist in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Weg zurück in die fünfziger Jahre, in denen sie schon einmal die Bundeswehr, die NATO, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr abgelehnt hat. Dieser politische Ausstieg der SPD aus der außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung stellt deshalb einen wichtigen Einschnitt in die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland dar, weil damit der Konsens der SPD mit den anderen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und dem verbündeten Ausland einschließlich der regierenden sozialistischen Parteien in Italien und Frankreich in der Außen- und Sicherheitspolitik endgültig zerbrochen ist. Dieses schadet den Interessen unseres Landes.

Rückblickend erweist sich, daß die frühere Regierung Helmut Schmidt nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch am Ende gewesen war. Helmut Schmidt konnte mit dieser SPD seine Außenpolitik nicht mehr durchsetzen.

**Helmut Schmidt war im Herbst des vergangenen Jahres nicht nur innenpolitisch, sondern vor allem außenpolitisch am Ende. Die Bildung der neuen Regierung unter Helmut Kohl war infolgedessen historisch notwendig, um die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangene Verpflichtung gegenüber dem westlichen Bündnis einhalten zu können.**

Ebenso richtig war die Entscheidung zugunsten der Bundestagswahl am 6. März, bei der auch für jeden Bürger erkenntlich über das Ja oder Nein zum NATO-Doppelbeschluß abgestimmt wurde. Ohne beide Entscheidungen, die Bildung der neuen Regierung und die Bundestagswahl am 6. März, wäre die Bundesrepublik Deutschland heute international handlungsunfähig.

Am NATO-Doppelbeschluß scheiden sich die Wege in der deutschen Außenpolitik. Ein Nein zum NATO-Doppelbeschluß ist seiner Konsequenz ein Nein zur NATO selbst. Der Wortbruch der Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses wäre der Anfang vom Ende der NATO. Die Ablehnung der westlichen Nachrüstung durch die SPD ist der Beginn einer grundsätzlichen Änderung ihrer Außenpolitik, die die Bundesrepublik Deutschland langfristig aus der NATO heraus in ein politisches Niemandsland führt und im Endergebnis die Abhängigkeit von der Sowjetunion zur Folge hat.

Insofern ist es völlig konsequent, wenn SPD-Vorstandsmitglied Lanfontaine den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO propagiert. Damit lehnt die SPD die Grundbedingungen und Voraussetzungen unserer Sicherheit ab, die fast vierzig Jahre in Europa den Frieden in Freiheit bewahrt haben.

**Ein allgemein unverbindliches Ja der SPD zur NATO, wie es im Leitartikel des SPD-Vorstandes und der Antrag**

kommission der SPD für den Parteitag vorbereitet wird, hat deshalb lediglich den Charakter eines Lippenbekenntnisses und ist politisch genausoviel wert wie das frühere Ja der SPD zum NATO-Doppelbeschluß.

## Der Kurswechsel der SPD

Im Oktober 1977 gab der damalige Bundeskanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt in einer Rede in London den entscheidenden Anstoß für die Überlegungen, die zum Doppelbeschluß der NATO am 12. Dezember 1979 geführt haben. Helmut Schmidt hat sehr deutlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Sowjetunion mit der Aufstellung der SS-20-Raketen das militärische Gleichgewicht in Europa zerstört hat. Deshalb müsse entweder die Sowjetunion zum Abbau ihrer Raketen auf dem Wege der Verhandlungen gebracht werden oder das Gleichgewicht müsse durch eine entsprechende Nachrüstung des Westens wiederhergestellt werden. Dies war auch die offizielle Position der SPD als Regierungspartei.

Auf dem bevorstehenden SPD-Parteitag am 18./19. November 1983 in Köln wird sich dieselbe Partei nunmehr gegen die Nachrüstung aussprechen. Sie sagt, sie befinde sich mit dieser Haltung in Kontinuität mit den Beschlüssen ihrer Parteitage von Berlin (1979) und München (1982). Richtig ist, daß die SPD sich in Berlin hat, „die notwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns rüstungspolitischer Bemühungen wirksam werden können“ (Ziffer 28 der Parteitagsbeschlüsse). Damit hat sie inhaltlich den NATO-Doppelbeschluß vorweggenommen. In München

hat die SPD beschlossen: „diese Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, sowjetische eurostrategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer eurostrategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen“ (Ziffer B 11 der Parteitagsbeschlüsse).

**Auf dem Münchner Parteitag stellte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt fest: „Zu den Grundelementen unseres Leitantrages gehört, den Doppelbeschluß der NATO nicht neu aufzuwerfen. Er ist ein Faktum. Er gehört zu den Mechanismen, der auf beide Seiten Druck ausübt, sich zu einigen. Wir dürfen nichts tun, die Verhandlungen zu gefährden... Ein Abrücken vom NATO-Doppelbeschluß könnte der Sowjetunion das Alibi liefern, nicht ernsthaft zu verhandeln. Und es gäbe den USA Anlaß, sich von der Selbstverpflichtung zu ernsthaften Verhandlungen zu entfernen. Beides können und dürfen wir nicht wollen.“**

Und im „Sozialdemokrat-Magazin“ (Heft 5/1982, Seite 10) wurde als Ergebnis des Parteitages bestätigt: „Die Sozialdemokraten stellen den NATO-Doppelbeschluß nicht in Frage. Die in Genf begonnenen Verhandlungen von Amerikanern und Sowjets über Mittelstreckenwaffen sollen nicht gefährdet werden.“

Auch Helmut Schmidt hat auf dem Münchner Parteitag u. a. festgestellt: „Die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion werden nur dann erfolgreich sein, wenn Moskau bei einem Scheitern der Gespräche mit der Stationierung angemessener amerikanischer Waffen in Westeuropa ab Ende 1983 rechnen muß.“

Diese Aussagen belegen, daß die SPD in Berlin und München zumindest nach außen hin den NATO-Doppelbeschluß befür-

wortet hat. Auf ihrem Parteitag in Köln will sich die SPD von dieser Position wegstellen. Ihre Schutzbehauptung, die Ablehnung der Nachrüstung stehe in der Kontinuität ihrer Beschlüsse von Berlin und München, ist eindeutig unwahr. Sie verhält sich damit genauso wie es Helmut Schmidt am 23. Mai 1982 vor der SPD-Bundestagsfraktion beschrieben hat:

**„Die Sozialdemokraten sträuben sich innerlich noch und noch Lügen zu erzählen, das ist auch gut so. Aber sie bleiben auch nicht bei ihren Wahrheiten. Und wenn heute etwas beschlossen ist, wird es morgen von einem Genossen öffentlich ins Gegenteil verkehrt. Die SPD hat zwischen München (1982) und Köln (1983) einen grundlegenden Kurswechsel in ihrer Friedens- und Sicherheitspolitik vollzogen.“**

## Wie begründet die SPD diesen Kurswechsel heute?

Die SPD behauptet, die politischen Grundlagen hätten sich seit der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses geändert. Tatsache ist, daß zum Zeitpunkt der Schmidt-Rede im Herbst 1977 10 SS-20-Raketensysteme Europa bedrohten. Im Dezember 1977, bei Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, waren es bereits 140, und heute sind es ca. 360. Die einzige Änderung, die seit dem NATO-Doppelbeschluß feststellbar ist: der Ausbau der sowjetischen Überrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen.

**Geändert hat sich also nicht die militärstrategische oder die politische Situation, sondern die SPD hat einen grundlegenden politischen Kurswechsel vorgenommen und sich von der**

**Sicherheitspolitik Helmut Schmidt und der übrigen großen demokratischen Parteien verabschiedet, den sie mit vordergründigen Argumenten vernebeln will.**

Auch das von der SPD vorgebrachte Argument, die Amerikaner hätten nicht genügend intensiv und kompromißbereit verhandelt in Genf, trifft nicht zu.

**Tatsache** ist, daß die USA am 18. November 1981 die „Null-Option“ vorschlugen. Diese sah den Verzicht auf die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles vor, sofern die Sowjets ihre SS 4, SS 5 und SS 20 abbauen würde.

**Tatsache** ist ferner, daß der US-Präsident Reagan am 30. März 1983 ein Zwischenergebnis vorschlug, das beiderseits gleiche Dislozierungen auf niedrigem Niveau vorsah.

**Tatsache** ist schließlich, daß US-Präsident Reagan am 26. September 1983 weitere konkrete Vorschläge für die INF-Verhandlungen machte, darunter die Begrenzung von INF-Flugzeugen in die Diskussion einzubeziehen.

**Zu all diesen Vorschlägen hat die Sowjetunion „nein“ gesagt. Alle sowjetischen Gegenvorschläge liefen darüber hinaus, ihr Monopol im Bereich der Mittelstreckenwaffen zu zementieren.**

Bezeichnend für die heutige Mehrheitsmeinung innerhalb der SPD ist, daß es sehr viel Verständnis für die Argumente Moskaus aufbringt. Gleichzeitig werden die Verhandlungspositionen des Westens durch überzogene Kritik und böswillige Unterstellungen ausgehöhlt. Damit hat die SPD dem gesamten westlichen Bündnis geschadet. Sie ist mitverantwortlich, wenn die Genfer Verhandlungen scheitern. Denn warum sollte die Sowjetunion zu Geständnissen bereit sein, solange sie einen Erfolg der sogenannten Friedensbewegung und der SPD hoffen kann?

## WALDSTERBEN

# Ursachenforschung ist in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden

**Die Verminderung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen durch die Großfeuerungsanlagenverordnung, die Festlegung erheblich strengerer Grenzwerte für Autoabgase, die Einführung bleifreien Benzins ab 1. 1. 1986, die bereits vorgenommene und weiter geplante Verschärfung der Emissions- und Immissionswerte der TA-Luft und die intensiven Bemühungen der Bundesregierung um eine Schadstoffverringerung in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik sind richtige und wichtige Maßnahmen gegen das Waldsterben. Das hat die Anhörung von Sachverständigen durch den Innenausschuß des Bundestages ergeben.**

**E**indeutig ergab die Anhörung aber auch, daß die Waldschäden in diesem Jahr nur deshalb so dramatische Ausmaße angenommen haben, weil die SPD-geführten Bundesregierungen nicht schon vor Jahren die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, stellt MdB Heribert Blens fest.

Besonders gravierend ist das Versagen früherer Bundesregierungen auf dem Gebiet der Erforschung der Ursachen des Waldsterbens. Nach den Aussagen der Sachverständigen begann das Tannensterben bereits zu Beginn der 70er Jahre. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre kam das Absterben von Fichten hinzu. Wenn bis heute noch keine endgültig nachweisbare Klarheit über die Schadensursachen besteht, ist das ein Beweis dafür, daß die

Forschungspolitik früherer Jahre auf diesem Gebiet sträflich vernachlässigt worden ist.

Trotz aller nach wie vor bestehenden Unsicherheit stimmen die unabhängigen Sachverständigen darin überein, daß ein wie auch immer ablaufendes Zusammenwirken von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Ozon wesentlich zu den Waldschäden beiträgt.

Die Aussagen der Sachverständigen machen es notwendig, weitere Maßnahmen der Luftreinhaltung zu prüfen. Dazu gehören:

- eine stärkere und schnellere Verminderung der Stickoxidemissionen von Feuerungsanlagen und sonstigen industriellen Anlagen,
- eine Verminderung von Stickoxidemissionen der Kraftfahrzeuge durch Geschwindigkeitsbegrenzung,
- die Abkehr von der „Politik der hohen Schornsteine“, die für den Ferntransport der Schadstoffe verantwortlich ist
- und eine weitere Forcierung der Ursachenforschung.

Entscheidungen mit weitgehenden wirtschaftlichen und sonstigen Auswirkungen sollten in Anbetracht der Unsicherheit der Wissenschaftler über die Schadensursachen auf jeden Fall erst nach sorgfältiger Prüfung getroffen werden.

### Union hat Schrittmacherrolle übernommen

Das Bundeskabinett hat in Anlehnung an die amerikanischen Bestimmungen die

Abgas-Grenzwerte für Kraftfahrzeuge so festgelegt, daß dies zu einer etwa 90%igen Reduzierung der Schadstoffe führt. Damit wird erfüllt, was wir uns im Entschließungsantrag vom 14. September vorgenommen haben: Im Interesse einer raschen Realisierung der Schadstoffminderung der Auto- und Mineralölindustrie Werte an die Hand zu geben, die es ermöglichen, die notwendigen Entwicklungs- und Umstellungsarbeiten umgehend aufzunehmen, um die vorgeschriebenen Grenzwerte spätestens ab 1986 er-

füllen zu können, stellt MdB Bernd Schmidbauer fest. Wir denken nicht daran, eine bestimmte Technik, z. B. die des Katalysators, vorzuschreiben. Was wir wollen, sind Grenzwerte, die — mit welcher Technik auch immer — eingehalten werden. Rasch wirksame Reduzierung der Schadstoffe in unserer Luft tut not, d. h., die Übergangszeit, bis alle Kraftfahrzeuge umgestellt sind, ist auf ein Mindestmaß zu verkürzen. Die Umstellung auf bleifreies Benzin muß zügig gehen.

## Waldschäden nach Baumarten

	Waldfläche 1 000 Hektar	Stufe 1	Davon geschädigt <sup>1)</sup>		Insges.
			Stufe 2	Stufe 3	
Fichte	2951	30%	10%	0,9%	41%
Kiefer	1464	31%	10%	1,0%	43%
Tanne	176	27%	42%	7,0%	76%
Buche	1250	22%	4%	0,3%	26%
Eiche	615	13%	2%	0,2%	15%
Sonstige	950	9%	7%	0,4%	17%
<b>Insgesamt</b>	<b>7406</b>	<b>25%</b>	<b>8,5%</b>	<b>0,9%</b>	<b>34%</b>

## Waldschäden nach Ländern

	Waldfläche 1 000 Hektar	Stufe 1	Davon geschädigt <sup>1)</sup>		Insges.
			Stufe 2	Stufe 3	
Schleswig-Holstein	137	9%	2%	0,4%	12%
Niedersachsen	977	12%	4%	1,0%	17%
Nordrhein-Westfalen	855	28%	6%	0,7%	35%
Hessen	834	11%	3%	0,6%	14%
Rheinland-Pfalz	771	18%	4%	0,7%	23%
Baden-Württemberg	1303	31%	18%	0,6%	49%
Bayern	2444	34%	10%	1,2%	46%
Saarland	85	9%	2%	0,3%	11%
<b>Bundesgebiet</b>	<b>7406</b>	<b>25%</b>	<b>8,5%</b>	<b>0,9%</b>	<b>34%</b>

<sup>1)</sup> Schadensstufe 1: kränkeld  
 Schadensstufe 2: krank  
 Schadensstufe 3: sehr krank bis absterbend

# ■ BUNDESBAHN

## Tariferhöhungen beim Berufs- und Schülerverkehr ein „sozialer Skandal“?

Die vom Bundesbahnvorstand für 1984 beabsichtigten Fahrpreiserhöhungen für den Berufs- und Schülerverkehr hat der GdED-Vorsitzende Ernst Haar als „sozialen Skandal“ bezeichnet. Ähnlicher Worte hat sich die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Zeiten der SPD/FDP-Koalition nicht bedient. Dies führt zu der Frage: Wie war es bisher mit den Fahrpreiserhöhungen für Berufs- und Schülerfahrkarten?

Der Berufs- und Schülerverkehr hat einen Kostendeckungsgrad von im Schnitt 20 Prozent; die fehlenden 80 Prozent werden aus Steuermitteln oder durch Schuldenaufnahme gedeckt. Dies hat die SPD/FDP-Bundesregierung am 14. Juni 1978 veranlaßt, den Bundesbahnvorstand aufzufordern, die Kostendeckung für den Schienenpersonennahverkehr zu verbessern. Dieser Auftrag der Regierung Helmut Schmidt gilt heute noch und ist auch Grundlage der neuesten Entscheidung des Bundesbahnvorstandes, stellt Karl

Heinz Lemmrich, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, fest.

Bemerkenswert ist noch, daß zum damaligen Zeitpunkt — 14. Juni 1978 — der heutige GdED-Vorsitzende Haar Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers für Verkehr war. Dieses Amt bekleidete er von 1972 bis 1979; in diesem Zeitraum stiegen die Preise für Berufswochenkarten um 52,4 Prozent, für Berufsmonatskarten um 52,9 Prozent und für Schülerfahrkarten um 85,8 Prozent.

Bei diesen Preissteigerungen ist Herrn Haar, der dafür mitverantwortlich ist, nie der Gedanke gekommen, die als „sozialer Skandal“ zu bezeichnen. Gerade als Vorsitzender einer Einheitsgewerkschaft sollte er aber nicht mit zweierlei Maß messen; auch seiner Glaubwürdigkeit ist er das schuldig.

Das Ausmaß der Preissteigerungen in den letzten zehn Jahren im Berufsverkehr von rund 96 Prozent und im Schülerverkehr von 127 Prozent geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Berufs-Wochenkarten	Berufs-Monatskarten	Schülerkarten
15. 1. 1972	+ 10,0%	+ 10,0%	+ 10,0%
28. 1. 1973	+ 4,0%	+ 4,5%	+ 14,0%
1. 4. 1974	+ 5,5%	+ 5,5%	+ 5,5%
6. 2. 1975	+ 12,0%	+ 12,0%	+ 20,8%
1. 5. 1977	+ 11,8%	+ 11,8%	+ 20,4%
1. 3. 1978	+ 5,9%	+ 5,9%	+ 5,5%
1. 4. 1979	+ 3,2%	+ 3,2%	+ 9,3%
1. 3. 1980	+ 5,7%	+ 5,7%	+ 6,1%
15. 1. 1981	+ 9,0%	+ 9,0%	+ 8,3%
1. 7. 1981	+ 10,9%	+ 10,9%	+ 11,0%
1. 2. 1982	+ 12,7%	+ 12,7%	+ 12,5%
1. 1. 1983	+ 5,0%	+ 5,0%	+ 3,6%
Summe	95,7%	96,2%	127,0%

Deutlich wird aber auch, daß die Preiserhöhungen der DB an Grenzen stoßen.

## ■ RÜCKKEHRHILFEN

### Ausländischen Arbeitnehmern in der Heimat beim Existenzaufbau helfen

**Das vom Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsparteien beschlossene Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft ist ein wichtiges Element der Ausländerpolitik der Bundesregierung. Es ist durch drei Schwerpunkte gekennzeichnet:**

- **Integration der seit langem bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien,**
- **Begrenzung des weiteren Zuzugs,**
- **Förderung der Rückkehrbereitschaft.**

**Diese drei Ziele haben einen engen inneren Zusammenhang, deshalb darf der vorliegende Gesetzentwurf nicht isoliert gesehen werden, stellt Alfons Müller (Wesseling) fest.**

**U**nser Politik ist keine Politik nach der Parole „Ausländer raus“, auch wenn immer wieder versucht wird, dies der CDU/CSU zu unterstellen. Die Ausländerpolitik ist ein viel zu empfindlicher Bereich, um hier aus parteitaktischen Gründen gegeneinander Stimmung zu machen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat immer ein klares Bekenntnis zur Integration der Ausländer abgegeben, die bei uns auf Dauer leben wollen. Einerseits müssen wir einsehen und uns darauf einstellen, daß wir auch in Zukunft mit einer großen Zahl von Ausländern leben werden, andererseits dürfen wir uns aber auch nicht der Tatsache verschließen, daß viele Ausländer lie-

ber in ihr Heimatland zurückkehren, dort leben und arbeiten wollen.

Wir lehnen jede Zwangsmaßnahme zur Rückführung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien kategorisch ab. Die Rückkehr von Ausländern kann nur auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgen.

Trotz der schwierigen Haushaltslage hat die Bundesregierung ein Konzept vorgelegt, das auf realistischen Zahlen beruht und deshalb auch finanzierbar ist. Sie ist maßvoll und gezielt vorgegangen und nicht nach dem Gießkannenprinzip. Sie hat Mitnahme-Effekte soweit wie möglich ausgeschlossen. Darum sind die Anspruchsvoraussetzungen sowohl vom zeitlichen Rahmen (1 Jahr Laufzeit), als auch von persönlichen Voraussetzungen (Arbeitslosigkeit durch Konkurs, Betriebsschließung oder mehr als 6 Monate Kurzarbeit) an enge Kriterien gebunden.

Der Gesetzentwurf der christlich-liberalen Regierung ist trotzdem weitergehend als frühere Pläne der SPD.

— Die Rückkehrhilfen werden um einen Sockelbetrag, der dem durchschnittlichen Arbeitslosengeld nach Dauer und Höhe entspricht, erweitert.

— Dieses gilt entsprechend auch für Kindergeldleistungen.

— Die Möglichkeit der Beitragserstattung aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird erheblich verbessert.

Die Sockelbeträge aus der Arbeitslosenversicherung (10500,— DM) und des Kindergeldes (je hier lebendes Kind 1500,— DM),

— die Erstattung aus der Rentenversicherung,

— die Ablösung der staatlich begünstigten Sparverträge,

— die Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung schaffen mit hier angesammelten Ersparnissen oft ein Volumen, das den Aufbau einer Existenz in der Heimat ermöglicht.



## INFORMATION

### 132 000 Ausländer weniger als vor einem Jahr

Auf 4 535 000 — das sind 132 000 oder 3 Prozent weniger als vor einem Jahr — beziffert das Statistische Bundesamt die Zahl der Ausländer, die Ende September dieses Jahres im Ausländerzentralregister erfaßt waren. Der deutliche Rückgang gegenüber Herbst 1982 ist hauptsächlich auf die Wanderungsbilanz zurückzuführen. So sind allein in der Zeit von Oktober 1982 bis März dieses Jahres rund 80 000 Personen weniger ins Bundesgebiet zugezogen (131 000) als von hier fortgezogen sind (211 000). Verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 1981/82 hat die Zahl der Zuzüge um 36 Prozent abgenommen, die der Fortzüge ist dagegen in etwa gleich geblieben. Auch im zweiten Quartal dieses Jahres scheint sich diese Tendenz weiter fortgesetzt zu haben, wie die Zahlen aus einigen Bundesländern erkennen lassen. Und wäre nicht der relativ hohe Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung, so wäre die Zahl der im Bundesgebiet lebenden Ausländer noch stärker zurückgegangen.

Unter den verschiedenen Nationalitäten stehen weiterhin die Türken mit 1 552 000 Personen (34 Prozent) an der Spitze, gefolgt von den Jugoslawen (613 000 oder 14 Prozent) und den Italienern (565 000 oder 13 Prozent).

### Brandt-Kritik an Arbed-Lösung ist infam

Die Kritik des SPD-Vorsitzenden an den Bemühungen der Bundesregierung und der saarländischen Landesregierung zur Erhaltung der ARBED Saarstahl ist ebenso boshaft wie falsch. Statt die Brandstif-

ter in den eigenen Reihen zu suchen, bläst Brandt zur Hatz auf die Feuerwehr. Im Gegensatz zu den Regierungen Brandt und Schmidt, die 13 Jahre lang nichts getan haben, um die Strukturschwierigkeiten der deutschen Stahlindustrie zu beheben, haben sich die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl und die saarländische Landesregierung unter Ministerpräsident Werner Zeyer nicht vor der Verantwortung gedrückt, sondern ebenso wie die Anteilseigner und die Arbeitnehmer der ARBED Saarstahl einen Beitrag zur Rettung des Konzerns geleistet. Daß sich der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr an solchen Verfälschungs- und Verleumdungsaktionen der SPD beteiligt, läßt den Anspruch der Einheitsgewerkschaft auf parteipolitische Neutralität fragwürdig werden, erklärt der Sprecher der CDU, Wolter v. Tiesenhausen.

### Engelmann soll zurücktreten

Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller, soll von seinem Amt zurücktreten. Dies fordern 50 im VS organisierte Autoren. In einer in Berlin verbreiteten Erklärung heißt es, Engelmann habe — seit er dem Verband vorstehe — die Interessen der Schriftsteller „ständig einer falschverstandenen Diplomatie“ untergeordnet; man fühle sich „durch Bernt Engelmann nicht mehr vertreten“. Auch die Angriffe gegen Manés Sperber wurden von den Autoren zurückgewiesen. Weiter wird kritisiert, der VS-Vorsitzende habe aus der DDR emigrierte Kollegen die Solidarität verweigert und sie aus dem Verband getrieben. Auf eine Initiative Engelmanns hin sei der Wortlaut eines Schreibens des VS und des PEN an die Warschauer Militär-Junta so verändert worden, daß der Eindruck entstehen müsse, man bestehe nicht auf Wiederzulassung des aufgelösten polnischen Schriftstellerverbandes. Zu den Unterzeichnern

der Rücktrittsforderung gehören u. a. Günter Grass, Sarah Kirsch, Siegfried Lenz, Jürgen Fuchs und Horst Bingel.

## Hohler Aktionismus

Zu der Behauptung einer Sprecherin der Grünen, Moskaus Friedenswille sei glaubhafter als der Washingtons, erklärt der stellvertretende Sprecher der CDU, Walter Brückmann: Mit ihrer Unterstellung beweisen die Grünen, daß sie in ihrer anti-amerikanischen Haltung gestärkt aus Moskau und Ost-Berlin zurückgekommen sind. Aus der grünen Einäugigkeit ist fast schon Blindheit geworden. Der Kreml kann sich freuen. Daran ändern auch die vordergründigen Demonstrationen in Moskau oder Ost-Berlin nichts. So lange die dortige Bevölkerung wegen einer solchen Demonstration ins Gefängnis muß, ist das auf Fernsichtwirkung angelegte Verhalten der Grünen nichts als hohler Aktionismus mit Billigung Moskaus.

## Bund soll Nothelfer spielen für NRW-Pleite

Das Finanzhilfe-Begehren der nordrhein-westfälischen Landesregierung an den Bund wertet der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Walter Althamer, als ein deutliches Eingeständnis des finanz- und haushaltspolitischen Versagens der SPD-Regierung. Die Schuldzuweisung für dieses Debakel an den Bund durch Finanzminister Posser entbehre jeder Grundlage. Es sei bezeichnend, daß das Land NRW mit seiner absoluten SPD-Mehrheit den Bund gerade jetzt als Nothelfer angeht, wo die neue Regierung den desolaten Bundeshaushalt mit Erfolg in Ordnung bringe. Finanzminister Posser müsse erst noch erklären, warum die bestehende Lastenverteilung zwischen dem Bund und dem Land erst jetzt als unhalt-

bar erkannt worden sei. Bis zum Spruch des Bundesverfassungsgerichts über den Finanzausgleich gelte die bestehende Rechtslage weiter. Die SPD-Regierung in NRW habe noch ein Jahr Zeit, ihre eigenen Schulden zu reduzieren, bevor sie sich dem Wählerentscheid stellen muß.

## Werner Remmers leitet Koordinationsausschuß für Medienpolitik

„Ohne die Mitwirkung der Medien ist die Integration Europas undenkbar. Deshalb wird die europäische Medienpolitik in den kommenden Jahren eine besondere Rolle spielen“, erklärte der Generalsekretär Heiner Geißler anläßlich der konstituierenden Sitzung des Koordinationsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU in Bonn. Geißler erinnerte daran, daß sich die CDU bereits auf ihrem Parteitag in Köln dafür ausgesprochen hat, gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf die Verwirklichung eines europäischen Fernsehprogramms über Satellit hinzuwirken. Der Generalsekretär gab der Hoffnung Ausdruck, daß die moderne Kommunikationstechnik einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Deutschen Wirtschaft leisten werde. Bund und Länder müßten eng zusammenarbeiten, um durch die Schaffung ordnungspolitischer Voraussetzungen den technischen Fortschritt in angemessener Form für die Menschen nutzbar zu machen.

Der Koordinationsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU wählte den Vorsitzenden der CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages, Werner Remmers, zum neuen Vorsitzenden. Zu Stellvertretern wurden der Vorsitzende der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, Gerold Tandler, und der bisherige Vorsitzende Bundesminister Christian Schwarz-Schilling.

## ■ ARTENSCHUTZ

# Vernünftige Verbesserungen für Tier- und Pflanzenwelt

In der letzten Sitzung des Deutschen Bundestages wurde ein Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zur Anwendung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens verabschiedet. Dieses Gesetz steht im Zusammenhang mit dem Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Washingtoner Artenschutzabkommen und schützt die gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in den vorausgegangenen parlamentarischen Beratungen mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß der Termin 1. Januar 1984 eingehalten werden kann und mit Ablauf dieses Jahres kein rechtloser Zustand eintritt. Die Folge wäre ein weitgehend ungehinderter Import von schutzbedürftigen Tieren und Pflanzen in die Bundesrepublik Deutschland gewesen. Bis zuletzt hat die Opposition das Inkrafttreten des Gesetzes durch überzogene Forderungen gefährdet. Von der Bundesregierung vorgetragene Tatsachen, die die Einwände gegenstandslos machten, wurden von den Grünen einfach ignoriert, stellt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset, fest.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ebenfalls einen Begleit Antrag zur Änderung des Naturschutzgesetzes zugestimmt. Darin wird die Bundesregierung in ihrer Absicht unterstützt, eine Gesamtnovellierung des Artenschutzrechtes vorzulegen. Ziel ist es, die auch von Fachleuten

nur noch mit Mühe überschaubare Rechtslage zu vereinfachen und damit die Durchführung der Vorschriften zu erleichtern und zu verbessern.

Zum Schutze der unmittelbar vom Aussterben bedrohten Meeresschildkröten hat der Deutsche Bundestag weiterhin eine Empfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verabschiedet. Diese EntschlieÙung basiert auf einer Initiative der CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktionen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weitergehende und schärfere Maßnahmen zum Schutze der Meeresschildkröten zu ergreifen. Die Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland soll verboten, in Brüssel soll auf einen Einfuhrstopp für die gesamte Europäische Gemeinschaft hingewirkt und die Kontrollen bei den Zollbehörden sollen verschärft werden.

Diese Initiativen sind unerläßliche Schritte, um den illegalen Handel von Tieren und deren Produkten zu unterbinden. Sie leisten somit einen weiteren Beitrag zur Erhaltung gefährdeter Arten.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, daß mit der Verabschiedung dieser Beschlüsse die Probleme gelöst sind, erklärt MdB Adolf Herkenrath. Am Beispiel der Meeresschildkröten werde deutlich, daß der Einfluß der Bundesrepublik Deutschland, hier etwas zu ändern, begrenzt sei. Unsere Vorstellungen zum Tierschutz lassen sich nicht ohne weiteres auf die Länder der Dritten Welt übertragen. Wer den Fischern, die vom Schildkrötenfang leben, durch Verbote das Brot nehmen will, müsse auch Wege suchen, den Brotkorb wieder zu füllen.

## ■ JUGENDSCHUTZ

### Schund-Videos wird der Kampf angesagt

**Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und der FDP werden noch im November im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit einbringen. Mit diesem Entwurf soll das geltende Jugendschutzgesetz aus dem Jahre 1951 bzw. 1957 an die heutige Situation, den heutigen Jugendschutzbedürfnissen, angepaßt werden, erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter, der Abgeordnete Roland Sauer (Stuttgart) und der jugendpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Norbert Eimer (Fürth).**

Im Mittelpunkt des Gesetzgebungsvorhabens steht die Verbesserung des Jugendschutzes gegen Darstellungen von Brutalität, Horror und Pornographie auf Videokassetten. Die Abgeordneten haben hierzu auf die äußerst besorgniserregenden Auswüchse auf dem Videokassetten-Markt hingewiesen: Das Programmangebot auf Videokassetten umfaßt heute bereits mehr als 5000 Titel. Der wesentliche Inhalt zahlreicher Video-Filme besteht in Darstellungen extremer Gewalttätigkeiten gegen Menschen, grauenvollen Folterungen und Morden einschließlich cannibalistischer Handlungen und in Darstellungen harter Pornographie. Videokassetten mit derart makabren Inhalten sind vielerorts auch Kindern und Jugendlichen ohne nennenswerten Schwierigkeiten zugänglich. Nach dem Gesetzentwurf sollen bespielte Videokassetten künftig an Kinder und Jugendliche nur abgegeben oder ihnen sonst zugänglich gemacht werden dürfen,

wenn die Kassetten-Programme für ihre Altersgruppe freigegeben und entsprechend gekennzeichnet sind.

Außerdem soll der strafrechtliche Schutz gegen extreme Gewaltdarstellungen durch eine Verschärfung des § 131 StGB verbessert werden. Grausame oder sonst unmenschliche Darstellungen von Gewalttätigkeiten gegen Menschen sollen künftig strafrechtlich verboten sein, auch wenn mit der Darstellung keine Verherrlichung oder Verharmlosung der Gewalt verbunden ist.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzentwurfes ist die Verbesserung des Jugendschutzes gegen Alkoholmißbrauch. Wie bisher sollen Abgabe und Verzehr „harter“ Alkoholika bei Minderjährigen verboten bleiben. Im Interesse eines wirksameren Jugendschutzes sollen darüber hinaus künftig „weiche Alkoholika“ (Bier, Wein) an unter 16jährige in der Öffentlichkeit weder zum eigenen noch zum — angebotenen — Verzehr durch Erwachsene abgegeben werden dürfen. Ferner ist vorgesehen, in der Öffentlichkeit die Abgabe „weicher“ alkoholischer Getränke in Automaten zu verbieten.

Des weiteren sollen elektronische Videospielautomaten mit kriegsverherrlichenden und gewaltorientierten Darstellungen in der Öffentlichkeit an Kindern und Jugendlichen zugänglichen Orten nicht mehr aufgestellt werden dürfen; die öffentliche Aufstellung anderer Video-Unterhaltungsspielgeräte soll nur noch innerhalb gewerblich genutzter Räume zulässig sein.

Die Vorschriften über die Anwesenheit Minderjähriger in Gaststätten und bei öffentlichen Tanz- und Filmveranstaltungen werden den heutigen Bedürfnissen angepaßt. Der Bußgeldrahmen für Ordnungswidrigkeiten von Veranstaltern, Gewerbetreibenden oder sonstigen Erwachsenen soll erhöht werden.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und der FDP wollen den Gesetzentwurf im Bundestag zügig und gründlich beraten.

■ JUNGE UNION

# Christoph Böhr wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt

Zum neuen Bundesvorsitzenden wählte am letzten Wochenende der Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands den 29jährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Universität Trier, Christoph Böhr. Christoph Böhr trat damit die Nachfolge von MdB Matthias Wissmann an, der 10 Jahre lang den Bundesverband der Jugendorganisation von CDU/CSU leitete. Für Christoph Böhr stimmten 89,87 % der anwesenden Delegierten.

Neue stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Roland Koch vom Landesverband Hessen und Josef Nachmann, Bayern. Neuer Schatzmeister des mit 264713 Mitgliedern starken Jugendverbandes wurde Albrecht Geier aus Baden-Württemberg.

Hier die Wahlergebnisse:  
 Wahl Bundesvorsitzender:  
 Kandidat: Christoph Böhr  
 abgegebene Stimmen: 318  
 ungültige Stimmen 12  
 Ja-Stimmen 275  
 Nein-Stimmen 31  
 Wahl stellvertretende Bundesvorsitzende:  
 Kandidaten: Roland Koch  
                   Josef Nachmann  
 abgegebene Stimmen: 318  
 auf Roland Koch fielen 255  
 Ja-Stimmen  
 auf Josef Nachmann fielen 229  
 Ja-Stimmen  
 Wahl Schatzmeister:  
 Kandidat: Albrecht Geier

abgegebene Stimmen:	307
Ja-Stimmen	242
Wahl der Beisitzer:	
abgegebene Stimmen:	309
es entfielen auf	
Friedbert Pflüger (Berlin)	224
Thomas Kropp (Westfalen)	222
Annette Busse (Hamburg)	204
Thomas Stritzl (Schleswig-Holstein)	199
Joachim Herrmann (Bayern)	198
Matthias Kues (Niedersachsen)	194
Hans-Georg Warken (Saarland)	178
Stefan Kronsbein (Rheinland)	169
Joachim von Amsberg (Niedersachsen)	162
Jürgen Quensell (Rheinland)	155

Bei der erforderlichen Stichwahl setzte sich Christian Nienhaus mit 205 Stimmen deutlich gegen Ronald Neumeyer aus Bremen durch.

Einstimmig faßte die Junge Union in München eine Resolution zur Friedens- und Sicherheitspolitik. „Die Junge Union Deutschlands unterstützt nachdrücklich die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das Verteidigungsbündnis der freien westlichen Staaten (NATO), welches uns in den letzten 38 Jahren Frieden und Freiheit in Europa gesichert hat.“ Weiter heißt es im Resolutionstext: „Die Junge Union Deutschlands unterstützt ausdrücklich den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979. Er bietet die einmalige Chance zur echten Abrüstung und zur Durchbrechung der Rüstungsspirale in diesem wichtigen Bereich... Langfristiges Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik muß es daher sein, im

Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung die Waffenpotentiale auf ein Minimum zu reduzieren, die Möglichkeit der Vernichtung dieser Welt auszuschließen und dauerhaft Frieden in Freiheit zu sichern.“

Am Samstag (12. November 1983) diskutierten die Delegierten des Deutschlandtages über zwei Stunden lang mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Am Sonntag war der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß Gast der Jungen Union.

Schwerpunktthema des Deutschlandtages war der Leitantrag zum Thema Ökologie/Ökonomie. Nach einem Einführungsreferat von Prof. Bonus wurde sehr intensiv über diesen Antrag diskutiert und beraten. Aus Zeitgründen konnte der Antrag nicht in Gänze beschlossen werden.

Mit viel Applaus wurde Matthias Wissmann von den Delegierten und Gästen des Deutschlandtages verabschiedet. Zehn Jahre hatte er die Geschicke dieses größten politischen Jugendverbandes entscheidend mitbestimmt und in seiner Amtszeit die Mitgliederzahl fast verdoppelt. Der Dank galt ebenfalls den ausscheidenden Bundesvorstandsmitgliedern Franz-Josef Jung und Franz-Christoph Zeitler (beide bisher stellvertretende Vorsitzende) sowie Bernd Sumbel, Christiane Bertels, Jürgen Heike, Holger Müller, Bernd Huck und Christian Wulff.

## **Unionsfraktion will Ostkontakte pflegen**

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich dafür ein, gerade auch in schwierigen Zeiten sowohl die innerdeutschen als auch die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn besonders zu pflegen. Dies erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Volker Rühle und Fraktionsgeschäftsführer Wolfgang Schäuble nach Rückkehr von dreitägigen politischen Gesprächen in Budapest und Prag.

# **Frieden und Freiheit sind möglich**

Das Streitgespräch  
Franz Alt mit Heiner Geißler

Olzog Verlag

Ende September 1983 fand im Rahmen der „Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche“ in Bonn das Streitgespräch zwischen dem Rundfunkjournalisten Franz Alt und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler statt. Die Veranstaltung wurde von dem Bonner Moralphilosophen Professor Dr. Franz Bockle geleitet, der die verschiedenen Aspekte des Streitthemas „Der richtige Weg zum Frieden — Evangelium und Friedenspolitik“ in einem Grundsatzartikel erläuterte und zusammenfaßte.

In dem jetzt erschienenen Taschenbuch werden das Streitgespräch sowie die sich daran anschließende Diskussion mit Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern wiedergegeben. Es ist im Günter Olzog Verlag, München, erschienen und in allen Buchhandlungen zum Preise von 9,80 DM erhältlich.

## STICHWORTE

### Bleifreies Benzin

Am 20. Juli 1983 hat das Bundeskabinett beschlossen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung bleifreien Benzins ab 1. Januar 1986 in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Das war aus zwei Gründen notwendig:

Erstens wird die Belastung der Umwelt durch das Schwermetall Blei vermindert. Blei ist ein starkes Umweltgift. Es reichert sich über die Nahrungskette in Pflanzen und Tieren, aber auch in menschlichen Körpern an.

Zweitens wird durch bleifreies Benzin der Einbau von Abgaskatalysatoren und damit eine wirkungsvolle Entgiftung der Abgase technisch ermöglicht.

Nach Auffassung von Experten sind Autoabgase wesentlich mitverantwortlich für die Waldschäden. Die giftigen Abgase versauern nicht nur — wie Schwefeldioxid — über den Regen direkt den Boden und die Gewässer; unter dem Einfluß von Sonnenlicht entstehen darüber hinaus aus Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen (beide

Schadstoffe sind in Autoabgasen enthalten) Ozon und andere Photooxidantien. Sie schädigen schon in geringer Konzentration Nadeln und Blätter.

Es ist technisch möglich, Autoabgas-schadstoffe durch den Einbau von „Drei-Wege-Abgaskatalysatoren“ zu vermindern. Die Emissionen von Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid könnten auf diese Weise um rund 90 Prozent verringert werden. Katalysatoren dürfen jedoch nur bei der Verwendung von bleifreiem Benzin eingebaut werden.

Die Bundesregierung will mit diesen Maßnahmen erreichen, daß die Schadstoffe in den Autoabgasen bis zu 90 Prozent verringert werden. Der Einbau von Katalysatoren wird nicht vorgeschrieben; denn es soll den Autoherstellern überlassen bleiben, auf welchem Weg sie die Schadstoffverminderung erreichen.

Die Bundesregierung übernimmt durch diesen Beschluß bewußt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Pilotfunktion. Mehrere Mitglieder der EG haben inzwischen die Bereitschaft angedeutet, durch eigene gesetzliche Maßnahmen künftig ebenfalls bleifreies Benzin einzuführen.

### Landfriedensbruch

Der geltende Straftatbestand des Landfriedensbruchs — § 125 Strafgesetzbuch — bedroht diejenigen mit Strafe, die sich als Täter oder Teilnehmer an Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen, die aus einer Menschenmenge mit vereinten Kräften begangen werden, beteiligen oder die auf die Menschenmenge einwirken, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern. Von der Strafvorschrift werden danach nur die Tatbeteiligten und die sogenannten Anheizer erfaßt.

Die Zunahme der Gewalt bei Demonstrationen in den letzten Jahren zeigt aber, daß das geltende Recht nicht ausreicht, um diejenigen wirksam zu fassen, die friedliche Demonstranten als Schild für ihre Gewalttaten benutzen.

Deshalb macht sich zukünftig auch derje-

nige strafbar, der sich bei Ausbruch von Gewalttätigkeiten nach einer rechtmäßigen Aufforderung nicht aus einer Menschenmenge oder Versammlung entfernt.

Bei geringer Schuld kann von Strafe abgesehen werden und gänzlich straffrei sollen die Personen bleiben, die in der Menschenmenge aus dienstlichen oder beruflichen Gründen verbleiben oder die auf die Menschenmenge oder einzelne Personen nachweislich einwirken, um diese von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen abzuhalten. Durch diese Ergänzung will die Bundesregierung erreichen, daß Gewalttäter ihre Ausschreitungen nicht weiterhin aus der Deckung, die eine Menschenmenge vor dem polizeilichen Zugriff bietet, begehren können. Dadurch schützen wir die friedlichen Demonstranten vor Rechtsbrechern und sichern das grundgesetzlich verbürgte Demonstrationsrecht.

UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 BONN 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

- 25./26. 11. **CDA Bund**  
 Bundesvorstand, Königswinter
25. 11. **LV Westfalen-Lippe**  
 Landesvorstand, Dortmund
- 25./26. 11. **MIT Schleswig-Holstein**  
 Landesvorstand  
 und Kreisvorsitzende,  
 Dersau/Plöner See
26. 11. **LV Braunschweig**  
 Landesvorstandssitzung,  
 Braunschweig
26. 11. **CDA Bund**  
 Betriebs- und Personalräte-  
 konferenz, Köln
26. 11. **Junge Union Niedersachsen**  
 Niedersachsenratssitzung,  
 Hannover
26. 11. **BV Nordwürttemberg**  
 Bezirksvertreterversammlung,  
 Ditzingen
30. 11. **Junge Union Rheinland**  
 Landesvorstand, Leverkusen
1. 12. **LV Oldenburg**  
 Landesvertreterversammlung,  
 Oldenburg
2. 12. **LV Oldenburg**  
 Landesvorstand, Oldenburg
2. 12. **Frauenvereinigung Rheinland**  
 Landesvorstand, Köln
- 2./3. 12. **LV Berlin**  
 69. Landesparteitag, Berlin (ICC)

- 2./3. 12. **CDA Nordrhein-Westfalen**  
 Arbeitnehmergruppe NW  
 (Klausur), Haltern
- 3./4. 12. **CDA Hessen**  
 Seminar für Betriebsräte,  
 Königstein
3. 12. **LV Baden-Württemberg**  
 Sicherheitspolitischer Kongreß,  
 Kirchzarten
- 3./4. 12. **Junge Union Niedersachsen**  
 Landesvorstand, Bad Zwischenahn
3. 12. **BV Südbaden**  
 Bezirksvertreterversammlung,  
 Freiburg
- 3./4. 12. **RCDS Bund**  
 Bundesausschußsitzung, Berlin
5. 12. **Frauenvereinigung Saar**  
 Landesvorstand, Bübingen
- 5./8. 12. **OMV Bund**  
 Deutschlandpolitisches Seminar,  
 Berlin
6. 12. **CDA Schleswig-Holstein**  
 Landesvorstand, Kiel
9. 12. **MIT Bund**  
 Bundesvorstandssitzung, Bonn
10. 12. **Junge Union Saar**  
 Landestag, Saarbrücken
10. 12. **LV Baden-Württemberg**  
 Landesvertreterversammlung,  
 Sindelfingen
10. 12. **LV Westfalen-Lippe**  
 40. Landesparteitag, Münster
- 11./17. 12. **Exil-CDU**  
 Deutschlandpolitisches Seminar,  
 Berlin

# Ud

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.